| Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin  Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung | be Berlin Logo Rot |
| --- | --- |

Es gilt das gesprochene Wort

40. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 11.12.2019

Mündliche Anfrage der BV Katharina Marg (DIE LINKE)

**Nr.** 27 Aktiv gegen Antisemitismus & gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

# 1. Frage

Welche Bildungs- & Aufklärungsangebote bietet das Bezirksamt (BA) bei antisemitischen, rassistischen, sozialchauvinistischen, ableistischen, misogynen und transfeindlichen Diskriminierungen?

## Antwort Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus

Die Webseite der Beauftragten für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus wird zeitnah um eine Übersicht von Beratungsangeboten für queere Menschen erweitert. Weiterhin ist eine Inhouseschulung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt geplant. Ggf. wäre auch eine Inhouseschulung zum Thema Reichsbürger denkbar, sofern in den Fachämtern entsprechender Bedarf besteht.

## Antwort BildKultSoz – Amt für Weiterbildung und Kultur

Das Amt für Weiterbildung und Kultur stellt mit seinen Öffentlichen Bibliotheken, seinen Bildungskursen, seinen Ausstellungen, Workshops für Jugendliche usw. den Zugang zu aufklärerischer Information und Wissen sicher, bietet Anlässe und Gelegenheiten zu Diskussion, ohne zu bevormunden. Hier herrscht Meinungsvielfalt - Diskriminierung jedoch wird in dieser Atmosphäre widersprochen und von (pädagogischem) Personal entgegengetreten.

Sowohl im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße als auch in der Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ ist Aufklärungsarbeit zum Thema Antisemitismus ein fester Bestandteil der Bildungsangebote.

Das Angebot All Included mobil des Jugend Museums thematisiert sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Das Angebot bietet ein differenziertes Methoden-Set zum spielerischen Erforschen von Geschlechterrollen und vielfältigen Lebenswelten.

## Antwort JUGS – Jugendamt

Die Themen Antisemitismus, Rassismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sind wichtiger Bestandteil der Allgemeinen Jugendarbeit. Es wird aufgeklärt und bei entsprechenden Vorfällen auch eingeschritten.

# 2. Frage

Welche Mechanismen greifen bei den in Frage 1 als Diskriminierungen genannten „Einzelfällen“ von Seiten des Bezirksamts?

## Antwort Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus

Das Bezirksamt bekennt sich zu einer offenen und vielfältigen Nachbarschaft. Aktuell auftretende antisemitische und LSBTIQ\*-feindliche Vorfälle werden verurteilt, z. B. durch Pressemeldungen wie aktuell im Fall gehäuft auftretender transfeindlicher Vorkommnisse (058 vom 17.02.2020), unter anderem aber auch durch Solidaritätsbesuche, z. B. beim Besitzer des Restaurants Feinberg. Weitere Aktivitäten sind Kranzniederlegungen; Pressemeldungen sowie Flaggenhissungen zu bestimmten historischen oder aktuellen Ereignissen (Gedenken an Progromnacht 1938; Gedenktag für die Opfer transfeindlicher Gewalt, IDAHOT) usw.

## Antwort BildKultSoz – Amt für Weiterbildung und Kultur

Die Bibliotheken, Museen, Volkshochschulhäuser usw. können sich in konkreten Fällen der Diskriminierung auf Hausordnungen berufen, die derartige Fälle explizit mit Hausverbot ahnden.

In allen Kursräumen der VHS hängen Plakate mit "Kursregeln" in Einfacher Sprache, die auf das Verbot u.a. von Gewalt und Diskriminierung hinweisen.

## Antwort JUGS – Jugendamt

Bei Vorfällen werden externe Träger eingebunden, z. B. die Registerstelle und die Mobile Beratung gegen Rechts (mbr) sowie entsprechende Meldungen veranlasst.

## **Nachfragen:**

# 1. Frage

Welche Präventionsprogramme bindet das Bezirksamt in die bezirkliche Arbeit mit ein?

## Antwort Beauftragte für queere Lebensweisen und gegen Rechtsextremismus

In Bezug auf die Antisemitismusprävention wird das Bezirksamt seit 2019 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. 2019 wurde diese Förderung an Jugendprojekte, die sich mit den Themen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung auseinandersetzten, weitergegeben. 2020 soll ein bezirkliches Bündnis gegen Antisemitismus gegründet werden. Dazu ist aktuell ein Interessenbekundungsverfahren gestartet worden, mit dem eine Trägerorganisation, die die Bündnisgründung organisiert und koordiniert, gefunden werden soll. Das zu gründende Bündnis soll zu antisemitischen Vorfällen Stellung beziehen und auch Bildungsangebote zur Antisemitismusprävention entwickeln.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler